



Bündnis 90 / Die Grünen · Königstraße 78 · 70173 Stuttgart
CDU Baden-Württemberg · Hasenbergstraße 49b · 70176 Stuttgart

An die
Damen und Herren
Mitglieder der Landtagsfraktionen von
Bündnis 90/Die Grünen und
CDU Baden-Württemberg

Stuttgart, 20. August 2016

Liebe Damen und Herren Abgeordnete,

die Südwest Presse berichtet in ihrer Samstagsausgabe über Nebenabsprachen zu möglichen Einsparungen und zusätzlichen Einnahmen, die Grüne und CDU im Rahmen der Koalitionsverhandlungen getroffen haben.

Zur Frage solcher Nebenabreden hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann bereits in der Regierungspressekonferenz vom 19. Juli berichtet und mitgeteilt, dass es zwischen den Koalitionspartnern Vereinbarungen zu denkbaren Instrumenten der Haushaltskonsolidierung gebe. Konkret nannte er als mögliche Bereiche Kommunen, Personal, Ressourcensteuerung, Verwaltungsmodernisierung und Grunderwerbssteuer. Kretschmann bat bei der Pressekonferenz um Verständnis, dass er hierzu nicht konkreter werden könne, da das die notwendigen Gespräche der Landesregierung mit den betroffenen Verbänden enorm erschweren und die Verhandlungsposition des Landes schwächen würde.

Auch der stellvertretende Ministerpräsident Thomas Strobl hat etwa in einem Interview mit der Schwäbischen Zeitung vom 18. August deutlich gemacht, dass weitere Nebenabreden getroffen wurden.

Bündnis 90 / Die Grünen
Landesgeschäftsstelle

Königstraße 78
70173 Stuttgart

Telefon 0711/99359-0
www.gruene-bw.de

CDU Baden-Württemberg
Landesgeschäftsstelle

Hasenbergstraße 49b
70176 Stuttgart

Telefon 0711/66904-0
www.cdu-bw.de

Es wird also deutlich: Die Spitzen der grün-schwarzen Koalition haben die Existenz der von der Südwest Presse thematisierten Nebenabsprachen transparent und offen bestätigt. Darüber hinaus wurde schon im Kontext der Koalitionsverhandlungen öffentlich über mögliche Einsparinstrumente diskutiert. Insofern ist es falsch, wenn die Nebenabreden jetzt teilweise als Geheimpapier bezeichnet werden.

Wir können jedoch auch nicht unsere internen Verhandlungsstrategien öffentlich machen. Denn das würde die Gespräche mit den entsprechenden Verbänden erschweren und die Verhandlungsposition der Landesregierung schwächen. Inhalt und Charakter der Nebenabsprachen sind klar: Bei diesen handelt es sich lediglich um denkbare Instrumente, die der Koalition zur Verfügung stehen, um die bestehende Deckungslücke von etwa 3 Milliarden Euro zu schließen, bis die Schuldenbremse im Jahr 2020 greift. Sollten sich die Kosten im Flüchtlingsbereich halbieren, muss die Koalition bis zum Jahre 2020 strukturell 1,8 Milliarden einsparen.

Konkret haben die Koalitionspartner in dem Papier folgende denkbare Instrumente der Haushaltskonsolidierung identifiziert: Besoldung und Pensionen bei gleichzeitiger Rückführung der Absenkung der Eingangsbesoldung, eine bessere Ressourcensteuerung in den Ministerien, die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten sowie ein Stelleneinsparprogramm, ein Konsolidierungsbeitrag der Kommunen, die Anpassung der Zinsausgaben des Landes an die Effekte aus der Kapitalmarktentwicklung, eine mögliche Erhöhung der Grunderwerbsteuer sowie Standardvereinfachungen und eine Verwaltungsmodernisierung.

Welche dieser Maßnahmen am Schluss nötig ist und Anwendung findet, werden die Haushaltsberatungen der kommenden Jahre ergeben. Vom Sparen kann man nicht nur reden, man muss sich auch Gedanken machen, wie man die Einsparziele erreichen kann. Die Instrumente sind die maximalen Möglichkeiten, die wir während der Koalitionsverhandlungen im Frühjahr gesehen haben. Die Grunderwerbsteuer zum Beispiel wollen wir angesichts der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt möglichst nicht erhöhen. Falls es aber keine andere Möglichkeit gibt, werden wir in der Koalition auch über dieses Instrument reden müssen.

Nebenabreden sind letztlich lediglich Willensbekundungen. Sie können weder eine Regierung noch ein Parlament zu irgendetwas verpflichten. Und sie können schon gar nicht das Königsrecht des Parlaments, über den Haushalt zu entscheiden, außer Kraft setzen. Nebenabreden sind grundsätzlich auch nichts Verwerfliches. Wo es nötig ist, konkretisieren sie das, was bereits im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. So wird gewährleistet, dass später

aufgrund unterschiedlicher Interpretationen keine Konflikte zwischen den Koalitionspartnern entstehen.

Das gilt umso mehr, wenn wir uns die besondere Entstehungsgeschichte dieser Koalition anschauen: Grüne und CDU haben über Jahre hinweg hart politisch gestritten. Wenn wir nun aus gemeinsamer Verantwortung fürs Land eine Koalition gebildet haben, die zuvor keiner der beiden Partner angestrebt hat, sind klare und präzise Abreden unabdingbar. Sie dienen dem Aufbau des notwendigen Vertrauens und dem Zusammenhalt der Koalition. Beides ist wichtig. Denn die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, fünf Jahre lang gut und verlässlich regiert zu werden.

Die Nebenabreden beweisen, dass wir es sehr ernst meinen mit dem Sparen. Ein Zurück zur Politik auf Pump wird es mit uns nicht geben. Wir werden in den kommenden Jahren die Deckungslücke im Haushalt Schritt für Schritt schließen und 1,8 Milliarden Euro strukturell bis 2020 einsparen. Die Schuldenbremse werden wir einhalten und vorschlagen, sie in der Landesverfassung zu verankern.

Es ist richtig, Demokratie braucht Transparenz. Aber Demokratie braucht auch Vertraulichkeit und geschützte Räume, sonst ist sie nicht funktionsfähig. In dem Moment, wenn aber das vertraulich Vereinbarte vom programmatischen Entwurf zu verbindlicher Politik werden soll, kommt wieder das Prinzip der Öffentlichkeit zum Zug – kein Gesetz, kein Haushalt, der nicht öffentlich debattiert und vom Parlament als Legislative verabschiedet werden muss. Das, was letztlich politisch relevant wird, entscheidet sich in unserer Demokratie in der Öffentlichkeit und in den Verfahren, die unsere Verfassung vorsieht.

Mit freundlichen Grüßen



Winfried Kretschmann



Thomas Strobl